

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 4 1/2 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Rthl. 15 Sgr., auswärtig 1 Rthl. 20 Sgr. Insetionsgebühr 1 Sgr. pro Zeile oder deren Raum. Zuserate nehmen an: in Danzig die Expedition (Gerbergasse 2), in Leipzig Heinrich Hübnert.

Danziger



Zeitung

Organ für Handel, Schiffahrt, Industrie und Landwirthschaft im Stromgebiet der Weichsel.

An die geehrten Leser unsrer Zeitung in der Provinz richten wir die Bitte, uns so bald als möglich das Resultat der Abgeordnetenwahlen in ihren resp. Bezirken freundlichst mittheilen zu wollen.

Die Redaction.

Mit dem 1. k. M. eröffnen wir ein Abonnement für den Monat Dezember. Preis für Hiesige 15 Sgr., Auswärtige 17 Sgr., welche wir franco einzusenden bitten an die

Expedition der Danziger Zeitung,
Gerbergasse 2.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Ober-Land-Forsmeister u. Mit-Direktor in Forst- u. Jagdsachen im Finanz-Ministerium v. Neuf, den Rothen-Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub, so wie dem Kammerherren und Reg. Präsidenten Grafen zu Eulenburg zu Marienwender den Stern zum Rothen-Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen; ferner den außerordentlichen Professor an der Universität in Berlin Dr. Leopold George zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität in Greifswald zu ernennen.

(W. T. B.) Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

London, Sonnabend, 20. November. Die Regierung hat mit der indischen Telegraphen-Gesellschaft bezüglich der Kabellegung durch das rothe Meer einen Kontrakt abgeschlossen. Das Kabel ist bereits in der Arbeit vorgeschritten. — Der deutsche Reisende Dr. Barth hat den Bathorden erhalten.

Paris, Sonnabend, 20. November. Der „Algeiras“ und die „Impetieuse“ haben Nagusa verlassen und werden nach Toulon zurückkehren.

** Zum Wahltag.

Offenheit, Ernst und männliche Gewissenhaftigkeit, das Bewußtsein der großen Bedeutung der Stimmabgabe, das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für die Folgen, genaue und besonnene Erwägung unserer jetzigen Lage und dessen, was nothwendig ist, vor Allem Verleugnung aller persönlichen Interessen — das ist es, was das Land von denjenigen Männern zu verlangen ein Recht hat, welchen es mit ehrendem Vertrauen die Entscheidung bei den Wahlen zu seinem Besten und in seinem Sinne anbeingestellt hat. Nicht solche Männer werden das Land würdig vertreten, deren vergangenes Wirken von der Achtung vor der Verfassung und dem Gesetz, welche sie jetzt im Munde führen, kein Zeugniß giebt, und die sich als „verfassungstreu“ nie bewährt, nicht solche, die unter dem Namen von „Patrioten“ das Vertrauen und die Einigkeit, welche zwischen der Regierung und dem Volke herrschen, zu erschüttern und die vereinigten Bestrebungen in Wahrheit Outgefunter durch Gehässigkeiten und Verdächtigungen zu zersplittern bemüht sind, auch nicht solche, welche in vollkommener Unkenntniß unserer Lage unbesonnene und übermäßige Forderungen an die Regierung stellen und die regere Bewegung, welche durch das ganze Land geht, für unreihe, phantastische Pläne gewinnen möchten, sondern solche Männer allein werden das Land würdig vertreten, welche für die Achtung und Aufrechterhaltung der königlichen Gewalt, für die besonnene Ausführung der Verfassung und die Beseitigung gesetzlicher Zu-

stände in unserm Vaterlande einzutreten Willens sind. Sie werden unserer jetzigen Regierung mit Vertrauen entgegen kommen, sie werden nicht von dem Wege abirren, welchen die Regierung sich selbst vorgezeichnet hat.

„Die großen Freiheiten und Rechte des Landes der ganzen Nation und jedem Einzelnen als unveräußerlichen von der Krone zu reichstem Geschenk verliehenen Besitz zu wahren, die gesammte Verwaltung mit dem Geist der besten preussischen Tradition zu durchdringen, Jedem das Seine zu geben, ohne Ansehen der Person des Staates Schutz und Fürsorge zu gewähren und Jedem an den Wohlthaten des Staates Theil nehmen zu lassen: das ist eine Aufgabe, welche die Regierung im Bewußtsein ihrer Verantwortung immer vor Augen haben wird und in deren gewissenhafter Erfüllung sie zuversichtlich hofft, sich das Vertrauen des Regenten und das Vertrauen des Landes zu bewahren.“ Das ist das Programm, welches unsere Regierung für die Zukunft aufgestellt hat, und es ist die Aufgabe der Landesvertretung, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß das darin Verheißene erfüllt werde. Unsere Regierung hat sich auf den Boden der Geseßlichkeit begeben und damit über alle Parteieinflüsse gestellt; durch eine gewissenhafte und gerechte Handhabung des Gesetzes wird sie sich auch in dem Lande und seinen Vertretern eine festere Macht und Stütze gründen, als sie alle Willkür mit noch so bedeutenden Gewaltmitteln zu erzwingen vermag. Das Land will eine starke Regierung, denn nur von einer solchen kommt die für die Entwicklung des staatlichen und socialen Lebens nothwendige Einheit; es will eine Regierung, die sich nicht von einer besonderen Partei zu bestimmten Parteizwecken lenken läßt oder eine Partei vorzugsweise begünstigt, sondern es will eine Regierung, welche über allen Parteien steht und das Recht und Gesetz, welches für Alle gegeben, auch für Alle zur Geltung bringt. In diesem Sinne hat der hochherzige Prinz-Regent das neue Ministerium berufen, in diesem Sinne hat das Ministerium sein Programm veröffentlicht und in demselben Sinne soll die Landesvertretung das Ministerium unterstützen; — also dieses Sinnes sollen auch die Männer sein, welche durch die morgen stattfindende Wahl für die Landesvertretung berufen werden.

Es ringt in unserm Vaterlande gegenwärtig eine einst gewaltige aber erlegene Partei mit allen Kräften und allen Mitteln um ihre verlorene Größe und Macht; jedoch die Mittel, mit denen sie kämpft, sind geeigneter, den Sinn aller der „Patrioten“, an welche sie sich wendet, vollständig von ihr abzulenken, als ihn zu gewinnen. Diese Partei versteht es, das Geschehene ungeschehen zu machen, sie weiß nichts von einem Systemswechsel und nach ihr ist Alles, wie es war. Nach ihr ist die Verfassung auch schon seit Jahren in voller Gültigkeit und Wirksamkeit, und sie giebt der freundigen Bewegung, welche durch das Land geht, in eindringlichen Warnungen die Deutung einer Umsturz agitation. Neuerdings triumphirt sie wieder über den Erlaß des Ministers des Innern, in der Meinung, damit wäre bewahrt, was sie bei ihrer Niederlage verlor. Aber wie an den meisten Orten unseres Vaterlandes, so werden auch bei uns ihre Bemühungen vergeblich sein und Jeder, dem das Wohl seines Vaterlandes in Wirklichkeit am Herzen liegt, wird ihnen eben so wenig seine Stimme geben, als denen, welche zu stürmisch und zu viel verlangen.

So mag denn Jeder mit dem Bewußtsein der hohen Bedeutung der Wahl, mit dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit

seine Wahl vollziehen, ohne Rücksicht auf sich selbst, und in dem alleinigen Hinblick auf den Willen unseres allverehrten Regenten und die Zukunft des Landes.

Deutschland.

♂ Berlin, 21. November. Begünstigt von den freundlichsten Strahlen der Herbstsonne wallfahrtet heute eine große und elegante Menge nach dem neuen Palais Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm, um den schönherabenden Prachtbau zu sehen, in dessen strahlenden Räumen sich heute, am Geburtstag der hoffnungreichen Prinzessin Friedrich Wilhelm, die Familie des Prinz-Regenten zu einem frohen Feste vereinigt. Der Prinz von Wales ist gestern hier angelangt, um persönlich die Glückwünsche des englischen Königshauses dem lieblichsten Sprößlinge desselben zu überbringen.

Die Ernennung des Fürsten von Hohenzollern zum interimistischen Chef der Admiralität dürfte an und für sich noch nicht eine wesentliche Modification des bisherigen Entwicklungsganges unserer Marine in Aussicht stellen. Es ist dies lediglich ein Act, den unsere constitutionelle Verfassung gebietet, nach welcher kein Zweig der Staatsverwaltung von der Verantwortlichkeit vor der Landesvertretung erimirt ist. Der Fürst wird in demselben Verhältnis zur Marine stehen, in welchem der vorige Minister-Präsident auch gestanden, während das eigentliche Commando dem Admiral der preussischen Küsten und Oberbefehlshaber der Marine, Prinzen Adalbert von Preußen uneingeschränkt verbleibt.

Die nunmehr eingetretene Ablösung des bisherigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Herrn v. Kleist-Regow, durch Herrn v. Pommer-Esche, Unterstaatssecretair im Handelsministerium, wird als eine der liberalen Richtung des gegenwärtigen Ministeriums völlig entsprechende Erscheinung mit großer Genugthuung aufgenommen. Man lebt hier überhaupt in frischer, zuversichtlicher Stimmung, und selbst die etwas dunkle Circular-Verfügung v. 17. Nov., die in gesellschaftlichen Kreisen allerdings etwas entschiedener beurtheilt wurde, als es von Seiten der Presse bisher in taktvoller Zurückhaltung geschehen, hat nicht vermocht, das politische Barometer merklich zu drücken.

Vor Allem boten die verschiedenen Versammlungen der Wahlmänner Gelegenheit, den hohen Grad des Interesses an der gewissenhaften Ausübung des vornehmsten politischen Rechtes zu bewundern. Die zahlreichen und sachgemäßen Interpellationen an die Candidaten, ihre frühere parlamentarische Wirksamkeit betreffend, legten das beste Zeugniß ab für die politische Mündigkeit der Wahlmannschaften. Am schlimmsten ist es Herrn Mathis dabei ergangen; hat er doch eine wahre politische Katechisation aushalten müssen, deren Erfolg seine Wiederwahl sehr unwahrscheinlich macht; leider waren die vier Berliner Wahlkreise auch gestern noch nicht zu voller Einigung über ihre respectiven Candidaten gelangt und schien auch eine Communication unter ihnen noch nicht stattgefunden zu haben, da einige Candidaten in mehreren Kreisen gleichzeitig zur Wahl gestellt worden sind. Der erste Wahlbezirk dürfte an den schon Genannten, Kühne, Reimer, Heinrich von Arnim, festhalten. Der zweite hat den National-Ökonom Niedel und den Buchhändler Weit erkoren, und der dritte will ebenfalls Heinrich von Arnim und daneben Grabow wählen. Im vierten ist es noch nicht zu einer maßgebenden Uebereinstimmung gekommen. Wahrscheinlich wird kein einziger der jetzigen Minister in Berlin gewählt werden, theils weil man eine Demonstration zu ihren Gunsten nicht für nöthig

Vorlesungen im Gewerbehaus.

Sonnabend, 20. November.

„Ueber die tragische Kunst“ und über „Telegraphie.“

Die in jedem Jahre zum Besten der Kleinkinder-Bewahranstalt im Gewerbehausaal stattfindenden Cycles von wissenschaftlichen und ästhetischen Vorträgen haben am vergangenen Sonnabend für diesen Winter ihren Anfang genommen. Auch abgesehen von dem mildthätigen Zweck sind diese dem Danziger Publikum bereits zum Bedürfniß gewordenen Unterhaltungen eine ungemein dankenswerthe Einrichtung, denn was gäbe es Dankenswertheres, Edleres, als: die den Sinn des Menschen erhebende Wissenschaft zum populären Verständniß zu bringen? Das, was unser geistiges Leben durchdringt und lüftet, zum klareren Bewußtsein der größeren Menge des Laienthums zu bringen, sie mit Ehrfurcht für den hohen Beruf unsers Daseins zu erfüllen? Wir können uns der Einrichtung dieser Vorträge um so mehr erfreuen, als wir glücklicherweise in diesem Falle nicht mehr nöthig haben, auf das Gute hinzuweisen; denn seit einer Reihe von Jahren haben sich diese Vorlesungen bei uns bereits so eingebürgert, daß sie sich längst ein permanentes und erstaunlich zahlreiches Publikum erobert haben. So fanden wir denn auch am Sonnabend, bei der ersten diesjährigen Soirée den für solche Zwecke gewiß sehr geräumigen Gewerbehausaal dermaßen überfüllt, daß die Köpfe an Kopf gedrängte Masse nicht Raum genug hatte. Je häufiger wir solch Schauspiel nur bei den trivialsten Erscheinungen und unwürdigsten Anlässen zu sein bekommen, je mehr muß es erfreuen, auch einmal der Wissenschaft gegenüber eine solche Theilnahme zu erkennen.

Herr Professor Bobrik eröffnete die diesjährigen Versammlungen mit einem Vortrag „über die tragische Kunst“ in

würdigster Weise. Nachdem sich derselbe über den wohlthätigen und großen Einfluß der edeln Kunst überhaupt auf unser ganzes sittliches Leben in sehr warmen beredten Worten ausgesprochen, suchte er sowohl die Entwicklung der tragischen Kunst, wie auch ihre Bedeutung und ihre wesentlichen Bestandtheile der Versammlung klar zu machen. Er fand, daß der höchste Ausdruck der Kunst, die tragische Poesie, sich in den Haupt-Spechen und ebenso in den Haupt-Vertretern charakterisiren ließe. Als die Letztern bezeichnete der Redner den Dichter des Alterthums Sophocles, als zweiten Shakespeare und für die neueste Epoche glaubte er Göthe als den eigentlichen Träger erkennen zu müssen, von welchem er besonders dessen Iphigenia als das reinste Muster der Tragödie neuerer Zeit hinstellte und ausführlich erläuterte. Wie in der antiken Tragödie das Geschick, die waltende Nemesis das herrschende Motiv sei, so wären es in der Shakespeare'schen Epoche die Leidenschaften, so wäre es in neuester Zeit die Läuterung dieser Leidenschaften durch das christliche Bewußtsein. Als die wesentlichen Bestandtheile des tragischen Stoffes stellte der Redner auf: Sittliche Freiheit, Größe, Güte (Liebe), Rechtlichkeit und Billigkeit; er bezeichnete diese Eigenschaften gewissermaßen als die fünf innern Sinne des Tragischen; überall aber sei die Religiosität die höchste Nothwendigkeit des tragischen Stoffes. Wie man den Mond das Auge der Nacht genannt, so könne man die Tragödie das Auge des Schmerzes nennen, welches jedoch sein Licht nur von der strahlenden Sonne des Christenthums erhalte. Wenn wir auch nicht in Allem die Intentionen des Redners ganz verstehen konnten, — was wohl zum Theil in dem außerordentlichen Bilderreichtum seiner Ausführung lag, — so konnte man sich doch an der Begeisterung, mit welcher der hohe Gegenstand ihn erfüllte hatte, an der Wärme erfreuen, die den nach so vielen Richtungen hin thätigen und aus-

gezeichneten Mann für die Sache erfüllte und seinen Vortrag belebte.

Herr Dr. Gieswald sprach hierauf über Telegraphie, das heißt über die Geschichte derselben. Er ging von den äußersten Anfängen, von der Nothwendigkeit der Mittheilung unserer Gedanken aus, wie dieselbe sich von den nächsten und frühesten Form, der Sprache, mehr und mehr entwickelt; erläuterte die frühesten Versuche der Telegraphie im Alterthum, wo die Mittheilung für größere Entfernungen durch Feuerzeichen geschah, was zu einer förmlichen Feuersprache führte, wie sie uns Polybius ausführlich berichtet hat. Anschaulicher wurden die Erklärungen des Herrn Dr. Gieswald durch verschiedene Apparate gemacht, besonders durch Vorzeigung des alten, nur durch Arme sich verständlich machenden Signal-Telegraphen, sowie des durch die Magnetsadel in Thätigkeit gesetzten Telegraphen und endlich durch die Experimente auf dem Gebiete der neuesten Telegraphie.

Johanna Kinkel ist in London eines plötzlichen Todes verstorben. Ihr Mann hatte sie am Morgen munter und nach ihrer Art wohl verlassen; von seinen Geschäften heimkehrend findet er sie im Garten, eine Leiche. Die unter diesen Umständen nöthig gewordene Todtenschau hat ergeben, daß das Herz ungewöhnlich erweitert war. Das Verdict ist noch nicht erfolgt. So berichtet die „National-Zeitung.“ Die englische lithographirte Correspondenz dagegen vernimmt, daß sie aus dem 3. Stockwerke ihrer Wohnung auf die Straße gestürzt ist, und fügt hinzu: Ob hier ein unglücklicher Zufall obgewaltet, oder ob die hochbegabte Frau selbst den Tod gesucht hat, vermögen wir nicht zu sagen; doch ist bekannt, daß sie in den glücklichsten häuslichen und pecuniären Verhältnissen gelebt hat.

eraltet, theils weil sie die Annahme von Mandaten aus anderen R eisen, wo liberale Wahlen sonst minder feststehen als hier, vorziehen. Heinrich von Arnim, dessen Wahl außer allem Zweifel steht, wird eine Stütze der künftigen Legislatur bilden, denn er verbindet mit der gründlichsten Sachkenntnis besonders der auswärtigen Politik diplomatische Gewandtheit, eine hohe Rednergabe und den edelsten Charakter. Das entscheidende Ausschlagen einer Candidatur bei den Berliner Wahlen Seitens des Prof. Dr. Gneist wird hier allgemein bedauert; möglich, daß ihm ein Mandat aus der Provinz angeboten worden ist.

* Einem Artikel des „Preuß. Wochenblatts“, zu den Wahlen entlehnen wir Folgendes: Wir haben schon in unserem letzten Blatte darauf hingedeutet, daß die Wirksamkeit eben der Beamten sehr bedenklich sei, welche vor drei Jahren mit laut gemißbilligten Mitteln das System des Ministeriums Mantaußel-Westphalen zu stützen bemüht gewesen sind. Schon die Namen der gegenwärtigen Minister beweisen, daß die Freunde jenes Systems die Gegner der letzteren sind. Nun fehlt es nicht an Beamten, welche mit einer dreifachen Offenheit, die eine gänzliche Auflösung aller Beamten-Disciplin andeutet, die Gegner des gegenwärtigen Ministeriums in das Feld rufen. Während der erlauchte Prinz-Regent seine Verfassungstreue in einem feierlichen Acte vor ganz Europa bezeugt hat, während das jetzige Ministerium den aufrichtigen Anschluß an die Verfassung schon durch seine Namen verbürgt, spricht der Kreisdeputirte von Werdeck als Verwalter des Cottbuser Landraths-Amtes in einem Erlaß vom „Faseln von der Verfassung“ und schlägt die alten Vertreter des Bezirks, bekannte Träger des Mantaußel-Westphalenschen Systems, zur Wiederwahl vor. In dem unter Mitwirkung des Landraths von Cranauch herausgegebenen Kreisblatte fand, nach Zeitungsnachricht, ein Aufruf an die „verfassungstreuen“ Urwähler nicht eher Aufnahme, als bis das Wort „verfassungstreuen“ gestrichen war.

Der Landrath v. Brauchitsch zu Danzig fordert am 10. d. M. die sogenannten conservativen Wahlmänner auf Abgeordnete seiner und ihrer Gesinnung zu wählen, stellt die Verfassungsurkunde jedem andern Landesgesetz — nach der bekannten Kreuzzeitungstheorie — an die Seite, tröstet mit einer Aussicht auf ihre Beseitigung durch die Bemerkung, sie „müßte“ beobachtet werden, „soweit und so lange sie in Rechtskraft bestehe“; giebt sodann, unbestimmt um das, was die Regierung etwa beabsichtigt, ein landrathliches Ministerialprogramm, erklärt den, der damit nicht übereinstimme, für keinen conservativen Candidaten, und schlägt zu solchem unter Andern sich selbst mit diesen seinen Ansichten vor. Der Erlaß ist amtlich, denn er „beauftragt die Ortsbehörden“, ihn bekannt zu machen.

Wir lassen dem Beamten sein unbeschränktes politisches Stimmrecht, das er, jedem Nichtbeamten gleich, frei ausüben kann. Will er aber sein Amt einmischen — die Bedenken solcher Einmischung zeigen sich augenfällig — so darf er dies nimmermehr zur Agitation gegen die bestehende Regierung, sie mag ihm gefallen oder nicht.

Wir hoffen, gegen solche an das Tageslicht tretenden Beamten-Agitationen wird, wenn auch für jetzt zu spät, doch zur Erhaltung der arg gelockerten Disciplin die Abhilfe nicht ausbleiben; der Minister des Innern hat ja zu allen Zeiten für einen Mann gegolten, dem es an Energie nicht fehle. In der Landesvertretung mag jeder Beamte sein Wort frei sprechen, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt werde; sein Amt aber verwalte er in Treue gegen das ihm vorgesetzte Ministerium. Früher galt es als eine ungewöhnliche Pflicht des Beamtenstandes, das Amt niederzulegen, wenn Gehorsam und Gewissen nicht zusammen gehen konnten; heute behält man das Amt und sagt sich vom Gehorsam los.

Wögen die Wahlmänner mit Unabhängigkeit von solchen Einflüssen, mit Ernst und Besonnenheit, ihres hochwichtigen Berufs sich bewußt, an den Wahltisch treten und ein guter Geist walte am Tage der Wahl über unserm Vaterlande!

(Pr. Z.) Die fast gleichzeitig erfolgte Veröffentlichung des Circular-Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 17. d. Mts. und einer Notiz der „Preuß. Correspondenz“ über eine gleichfalls die Einwirkung der Königl. Beamten auf die Wahlen betreffende Circular-Verfügung hat mehrfach zu der Annahme Anlaß gegeben, daß letztere Notiz sich ebenfalls auf den Erlaß vom 17. d. Mts. beziehe. Dies beruht jedoch auf einem Irrthum, indem die in der „Preuß. Correspondenz“ angedeutete Weisung durch eine Circular-Verfügung vom 10. d. Mts. ertheilt worden ist, welche wir in Folgendem nach ihrem Wortlaut mittheilen:

„Die Begünstigung extrem r oder exclusiver politischer Richtungen ist bei der den Regierungsorganen obliegenden Thätigkeit für die bevorstehenden Wahlen gänzlich zu vermeiden und zu unterlassen. Ich bitte hiernach auch die Landrath- und Wahl-Kommissarien mit bestimmter und ernster Weisung zu versehen und mir sofort anzuzeigen, was in dieser Hinsicht veranlaßt worden ist.“

(B. u. H. Z.) Aus Mecklenburg geht uns von verlässlicher Seite die Mittheilung zu, daß bei der Ernennung des Ausschusses oder des Comités zur Prüfung der Frage des Baues der Mecklenburgischen Ostbahn, die am 18. d. Mts. erfolgt ist, die Wahl zum größeren Theil auf solche Landtags-Mitglieder gefallen ist, welche für das fragliche Unternehmen günstig gestimmt sind. Namentlich gilt dies von den Mitgliedern der Ritterschaft, wogegen Seitens der landeschaftlichen oder städtischen Mitglieder theilweise vielleicht eine Opposition zu erwarten bleibt. Die Hoffnung auf ein Gelingen des Unternehmens und auf eine daselbst fördernde Entscheidung der Landstände darf mithin immer mehr gehegt werden. Die Bahn würde ohnweit der Stadt Stralsburg die preussische Grenze erreichen und steht zu hoffen, daß ihrem Weiterbau von dort nach Stettin keine unerwarteten Schwierigkeiten entgegenzutreten werden, was nach den bisherigen Verhandlungen mit der Direction der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft nicht zu besorgen ist.

(R. Z.) Man schreibt der „Independance“ aus Paris 17. Nov.: „Wenn ich einem Briefe aus Berlin Glauben schenken darf, so hat der Prinz-Regent ein sehr schmeichelhaftes eigenhändiges Schreiben an Herrn v. Mantaußel gerichtet, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist: „Sie haben alles, was ich Ihnen in Anerkennung Ihrer langen und loyalen Dienste angeboten, ablehnen zu müssen geglaubt; den Grafentitel, den erblichen Sitz im Herrenhause und einen Befehlshabers-Posten. Ich schicke Ihnen den Schwarzen Adler-Orden in Willkür, den Sie gewiß um so lieber annehmen werden, als es seit geraumer Zeit in der Absicht meines Bruders und erhabenen Herrn lag, Ihnen diese wohlverdiente Auszeichnung zu verleihen.“ Das Schreiben schließt mit Ausdrücken der Anerkennung und Hochachtung.“ Berlin, 18. November. Dem Vernehmen nach ist der zeitige Unter-Staatssecretär im Handels-Ministerium Herr von Pommer-Esche, zum Ober-Präsidenten der Rheinprovinz be-

stimmt. Weiterem Vernehmen nach wird diese Stelle im Handels-Ministerium nicht wieder besetzt, vielmehr solle der Geh. Ober-Regierungsrath v. d. Neid Director werden. Auch spricht man erneut von der Abtrennung der Post- und Eisenbahn-Verwaltung von dem ebengedachten Ministerium, worin sie bis jetzt die erste und zweite Abtheilung ausmachen; auch von der dritten Abtheilung (Verwaltung des Land-, Wasser- und Chaussée-Bauwesens) sollen diejenigen Bureaus, welche Landes-Meliorationen betreffen, abgezweigt und dem Ministerium für Landwirtschaft zugewiesen werden.

(R. Z.) Herford, 18. November. Zu wie eigenthümlichen Auffassungen die bekannte Circular-Verfügung des Herrn Ministers Flottwell über das Verhalten der Verwaltungs-Behörden in Ansehung der Wahlen geführt hat, das erweist sich auch hier. Der Kreis-Verordn. selbst in die Wahl-Agitation des Jahres 1855 verflochten, jetzt, obgleich selbst nicht zum Wahlmann erkoren, die Wahlmänner die Sache längst mit Eifer selbst in die Hand genommen haben und nur von der Wahl solcher Candidaten die Rede ist, die dem jetzigen Ministerium volle Unterstützung gewähren werden, nachdem er, zuverlässigen Nachrichten zufolge, dieser Tage mit dem Regierungs-Präsidenten Peters von Minden persönlich Rath gepflogen, auf morgen eine von ihm zu leitende Conferenz der, wider alle Hoffnung nach Lübbecke entbotenen, Wahlmänner des Kreises Herford in Enger an, um die Vorwahl der Abgeordneten vorzunehmen, und ladet dazu die Wahlmänner einzeln ein. Läßt sich eine unberechtigtere Bevormundung der Vertrauensmänner der Einwohnererschaft durch eine Staatsbehörde denken?

Bremen, 20. Novbr. (W. Z.) Das Dampfschiff „Bremen“ des Nordd. Lloyd ist heute Mittag mit 450 Tons Güter, 129 Passagieren, von denen 38 in den Kajüten, nach Newyork abgegangen.

England.

London, 18. November. Zum ersten außerordentlichen Gesandten Englands in Peking ist, nach einer Angabe der Times, ein Bruder Lord Elgin's, des Hon. Frederick Bruce, ernannt worden, der bisher als Secretair seines Bruders in China angestellt war, und den Traktat von Tientsin nach Hause gebracht hatte. Mr. Bruce ist kein Neuling in der Diplomatie; er war mit dem verstorbenen Lord Althorpe in Washington, als dieser im Jahre 1842 mit einer speziellen Sendung dahin betraut war; diente von 1844—46 als Colonialsecretair in Hongkong; im Jahre 1847 als Generalkonsul in China, im Jahre 1848 als Chargé d'affaires in Bolivia, im Jahre 1851 in derselben Eigenschaft in Montevideo, und im Jahre 1853 als Generalkonsul in Aegypten. — Heute erst erfährt man, daß im Seesturm der letzten Tage mehr als ein städtisches Schiff gescheitert und gesunken ist. Es befand sich darunter auch ein großer Schraubendampfer mit einer Steinkohlen-Ladung, der bei Dartmouth st an der und von seiner Bemannung sieben Leute verlor. Ueber 200 Schiffe liegen windgefesselt zwischen Southend und der Themsemündung. Auch an der Nordostküste von Irland hat der Orkan toll gehaust.

Frankreich.

Paris, 17. Nov. (Pr. Ztg.) Einen eigenthümlichen Kontrast zu dem augenblicklichen freundschaftlichen Einvernehmen zwischen den Kabinetten von Paris und London bilden die Symptome, die auf den Drang des jetzigen Frankreich nach zunehmender maritimer Macht deuten. Eins der merkwürdigsten dieser Symptome ist die neuerlich erschienene Broschüre: „England und der Krieg“, die jedoch in der „Revue des deux Mondes“ als das Ergebniß einer übertriebenen Briten-Furcht eine etwas ungünstige Beurtheilung gefunden hat. Der Verfasser hält eine Invasion für unnöthig, glaubt auch nicht, daß der Verlust Kanakas und Ostindiens den Stolz Englands beugen würde, und schlägt als einzig wirksames Mittel das Abschneiden aller Getreide- und Baumwollen-Zufuhr vor. Jedoch ist er mit sich noch nicht einig darüber, welche Seemacht diese Blockade der britischen Insel auszuführen im Stande sei. — Herr Louis Veillot gehört zu denen, die sich nicht freiwillig ergeben. Der Bericht des Prinzen Napoleon über die Zulassung einiger Juden in die algerischen Gemeinderäthe hat auf ihn keinen Eindruck gemacht, namentlich tadelt er an demselben den Ausdruck: „absolute Gleichheit der Glaubensüberzeugungen“ und erinnert an die Huldigungen, die der Kaiser noch zuletzt auf der bretagner Reise dem katholischen Bekenntniß dargebracht habe; allein Herr Veillot sollte sich erinnern, daß der Kaiser in seiner Rede zu Rennes zugleich die „Freiheit der Kulte“ anerkannt hat, und bekennt, daß derselbe gerade auf Grund des prinziplichen Berichts den betreffenden Erlaß unterzeichnete.

Paris, 19. Nov. (W. T. B.) Der heutige „Moniteur“ enthält ein Decret, durch welches die Errichtung einer Spezialkasse für die großen Arbeiten in Paris anbefohlen wird.

Rußland.

Petersburg, 14. Nov. Der Theerhandel in Riadta hat sich in diesem Jahre gegen das Vorjahr gehalten. Bis zum 13. August waren 15,590 Ballen Wäthens-, 75,043 Ballen Handels- und 32,633 Ballen Ziegeltthee verkauft worden. — Die Rewa treibt seit vorgestern mit Eis und die Brücken sind abgetragen worden. — Die Eingänge in den Kronstädter Hafen sind durch schwimmendes Eis versperrt; unsere Schiffe, die noch absegeln wollten, sind im Eise eingeschlossen und einige haben Unglücksfälle erlitten, doch ist kein Schiffbruch registriert worden.

Petersburg, 15. November. Eine wichtige Aenderung geht in der hiesigen Presse insofern vor, als das „Journal de St. Petersburg“, welches unter dem Departement des auswärtigen Ministeriums stand, dem Buchhändler Dufour (der dasselbe auch jetzt herausgiebt) auf 15 Jahre überlassen worden ist und in seinem Umfange beträchtlich erweitert werden soll. Bis jetzt zeichnete es sich nur durch die Tugend aller offiziellen Organe, Schweigsamkeit, aus und zog seinen Abkommen seine Worte mit Gold auf. Der dadurch entstandene Mangel eines internationalen Organs sollte beendigt durch ein auswärtiges Blatt ausgefüllt werden, was indessen wohl nicht ganz vollständig geglikt ist, so daß man sich zu diesem neuen Versuch entschlossen hat. Der wachsende Absatz großer französischer Blätter hier hat übrigens auch den Kreis des Journals etwas beschränkt, und schon deswegen war eine Aenderung nothwendig. — Auf der Bahn von hier nach Moskau sind seit der Eröffnung im J. 1852 Strafgelehrte für Unregelmäßigkeiten von Seiten der Conducteurs und anderer Beamten erlegt worden, über deren Verwendung bisher keine Bestimmung getroffen war, obgleich sie die Summe von 5500 S. R. erreicht hatten. Der Kaiser hat jetzt angeordnet, daß hieraus eine Unterstützungskasse für die Beamten der Bahn gebildet werden solle. — In der vor nicht allzu langer Zeit vollendeten Ge-

samttausgabe der Gesetze (Swab Sakonoff) ist schon ein erster Band Nachträge erschienen, dem es an Nachfolgern nicht fehlen wird, so daß der durch jene Gesamtausgabe gewünschte Zweck jedenfalls nur zum Theil erreicht ist. — Eine Dampfschiffahrts-Gesellschaft für den Verkehr auf der nördlichen Dwina und den in dieselbe mündenden Flüssen, wie auf einem Theile des Weißen Meeres ist mit einem Grundcapital von 150,000 Rubel gebildet worden und hat die Kaiserliche Genehmigung erhalten. Es ist gewiß beachtenswerth, wie die meisten der neu zusammengetretenen Gesellschaften lieber ihre Wirksamkeit beschränken und sich sogar vielfältiger Concurrenz aussetzen, um mit einem kleinen Anlage-Capital arbeiten zu können. Nur die große Eisenbahn-Gesellschaft geht von dem ganz entgegengelegten Princip aus und schafft sich dadurch immer zahlreichere Gegner. — Schon früher sind an einzelnen Stellen des Amurlandes Steinkohlen gefunden worden. Jetzt hat man ein vielversprechendes Kohlenlager am Einfluß der Bureja in den genannten Fluß entdeckt. — Der neulich erwähnte Brand der Heubarken auf der Rewa, bei dem eine halbe Million Pud Heu verloren ging, hatte hier einen ernstlichen Mangel an diesem so wichtigen Material herbeigeführt. Durch die Energie des General-Gouverneurs ist es jedoch gelungen, schnelle Zufuhren aus einigen naheliegenden Gouvernements zu veranlassen, so daß die Preise wieder rasch heruntergegangen sind.

Danzig, den 22. November 1858.

* Der Herr Hauptmann Blankenburg giebt im heutigen „Intelligenz-Blatt“ folgende Erklärung:

Der Landrath des Danziger Land-Kreises, Herr von Brauchitsch, hat in einer Extra-Beilage zum Danziger Kreisblatte No. 46, die mir etwas verspätet zur Kenntniß kam, ein sogenanntes politisches Glaubens-Bekentniß veröffentlicht und in demselben meines Namens in einer Weise Erwähnung gethan, die zu der Annahme verleitet, als stände ich ganz auf demselben politischen Standpunkte.

Dem ist indeß keineswegs so; denn wenn ich allerdings ein guter Patriot zu sein glaube, so bin ich doch allen politischen Extremen nach jeder Seite hin entschieden entgegen, und will vielmehr ein ehrliches treues Festhalten an der bestehenden Verfassung, als des höchsten Landesgutes, ihre zeitgemäße fortwährende Ausübung durch die Gesetzgebung, und ihre volle Anerkennung in der Verwaltung.

* Kurz vor Schluß des Blattes geht uns die Mittheilung zu, daß für die zweite Wahlabtheilung als zu Stadtverordneten gewählt anzunehmen sind: auf 6 Jahre die Herren Dr. Finko, Oberlehrer Tröger, Fuhrherr Kuhl, Kaufmann Biber, Rechtsanwalter Koepell, Dr. Kähler; auf 2 Jahre Herr Calculator Apel.

Provinzielles.

* * Schönbanm, 19. November. In der heute durch den Herrn Landrath von Brauchitsch hierher einberufenen Versammlung der Mehrungischen Wahlmänner erklärte Herr v. B. den anwesenden circa 30 Wahlmännern, daß er selbst von der Candidatur zurücktrat, dagegen Herrn Eduard Wessel als eine vollkommen geeignete Persönlichkeit zum Abgeordneten empfahl. Herr v. B. entwickelte in einer Ansprache die ihn bei dieser Empfehlung leitenden Ansichten und Grundsätze. Als aber diese Ansichten auf den entschiedensten Widerspruch stießen und als ferner auf die directe Anfrage des Herrn v. B. Niemand, auch auf eine wiederholte Anfrage sogar nicht ein Einziger der Anwesenden für den von demselben aufgestellten Candidaten, also auch für die von ihm ausgesprochenen Grundsätze sich erklärte, schloß derselbe die Verhandlung mit einer Verbeugung und den Worten: „Dann habe ich meine Schlichtigkeit gethan, ich empfehle mich Ihnen.“

Schon vor Beginn der Versammlung hatten die betreffenden Wahlmänner sich dahin verständigt, unter allen Umständen in ihren Wahlen die entschiedenste Hingebung an die Regierung des erhabenen Prinz-Regenten und die Verfassung auszusprechen.

Elbing, 20. November. Nichts ist unerbittlicher als die nackten Thatsachen, deshalb hielten wir es auch für überflüssig, dem Berichte über die hiesigen Wahlen etwas anderes beizufügen, als eine schlichte Erzählung derselben. Das hat hier in gewissen Kreisen viel böses Blut gemacht und deren Organe, die „alten Anzeigen“, heute zu einer schamenden Dichtung darüber veranlaßt. Hätte man unserer „Entstellung der hiesigen Verhältnisse“ mit einer factischen Widerlegung in irgend einem Punkte geantwortet, so könnte die „unbedingte Gültigkeit, welche dergleichen Machwerke außerhalb Elbing's“ finden, vielleicht erschüttert werden, bloße Phrasen schaden ihr nichts. Nur auf eine Stelle jener Entgegnung erlauben wir uns eine Antwort. Wenn die Gelehrten der „alten Anzeigen“ sagen, daß der Vorwurf, mit ihrer Lüge gestimmt zu haben, „Männer mit Noth bewerfe“, so überlassen wir ihren Clienten gern den Dank für diese Vertheidigung; unsere Loyalität verbietet uns so lähne Consequenzen zu ziehen.

Die Stadtverordneten haben in ihrer gestrigen Sitzung den Beschluß wegen Bewilligung der Diäten für einen Deputirten zur ersten Kammer verabschiedet, weil zur Zeit noch kein Bedürfniß vorliege. In derselben Sitzung, in welcher Herr Oberbürgermeister Burscher den neugewählten Stadtrath Herrn Schwedt durch eine Rede einführte, die an den fünfzigsten Jahrestag der alten Städteordnung und daran erinnerte, daß Elbing die erste Stadt der Monarchie gewesen, die sie eingeführt, stellte der Stadtverordnete Niesen den Antrag, sowohl beim Provinziallandtage wie bei der Kammer die Wiedereinführung dieses Gesetzes zu beantragen und die Versammlung trat demselben einstimmig bei. Wenn aus vielen Städten ähnliche Schritte für diesen Zweck gethan würden, so läßt sich wohl erwarten, daß unter Herrn Flottwell, dem Schiller der Gesetzgeber aus jener Zeit, auf erwünschten Erfolg zu hoffen sei.

Anfangs dieser Woche kam noch das letzte Dampfschiff, der „Sulten“ von Königsberg hier an und heute wagen sich schon leichte Schlitten aufs Eis. Dieser schnelle und heftige Frost hat leider den dem „Sulten“ einige Stunden später folgenden Dampfer „Expres“ nicht mehr hier anlangen lassen. Er fuhr sich am vergangenen Montage im Haff fest und seit gestern sind nun eine Menge Arbeiter beschäftigt, ihn bis zum Hafen durchzuziehen.

Heute ist aus Tiegenhof hier ein Brief angelangt, nach welchem die freisinnigen Wahlmänner des großen Werbers in einer gestern abgehaltenen Vorversammlung sich mit Einstimmigkeit für drei der in Marienburg aufgestellten Candidaten entschieden haben, statt des Herrn Wunderlich wünschten sie jedoch Herrn Kiez gewählt zu sehen und machen die Candidatur desselben zur Bedingung. Es sind aber schon jetzt die nöthigen Schritte gethan um eine Verständigung herbeizuführen und ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß einer der beiden Herren zu Gunsten des anderen auf die Wahl verzichtet wird.

Die Direction der Ostbahn hat diesmal mit seltener Freundlichkeit nicht nur den am Wahltag gewünschten Extrazug nach

